

Berliner Linke ■ c/o Rackles ■ Bischweilerstr. 11 ■ 14163 Berlin

SprecherInnen:

- Alexander Goetz
- Anne Knauf
- Dilek Kolat, MdA
- Barbara Loth
- Mark Rackles
- Mechthild Rawert, MdB
- Raed Saleh, MdA
- Marc Schulte

Hinweise der BL zum SPD-Landesparteitag am 17. Mai 2009

Liebe Genossin, lieber Genosse,

Berlin, 12. Mai 2009

Nach Beratung des Koordinierungskreises der Berliner SPD-Linken (BL) vom 10. Mai 2009 fassen wir hiermit als SprecherInnenrat der BL die aktuellen politischen Vereinbarungen und Festlegungen bei den politisch exponierten Anträgen zusammen. Zudem geben wir –wie schon seit dem letzten Plenum der BL 1. April 2009 geplant - einen Initiativantrag zum Themenkomplex BVG/ LGG mit der Bitte um Unterstützung ins Verfahren, der beigefügt ist.

Wir wären insbesondere den Mitgliedern des Ko-Kreises dankbar, wenn Sie die BL-Linie bei der Landesliste und den Anträgen an ihre Delegationen weiterleiten und für Unterstützung werben könnten. Wir sollten nach den letzten Tagen mehr denn je ein Interesse an klaren (linken) Signalen des Parteitags haben und die offenen Dissense auf ein Minimum reduzieren (auch angesichts des engen Zeitplans des LPT).

I. Anträge zum Regierungsprogramm

Mit dem „Berliner Akzent“ zum Regierungsprogramm konnte im Frühjahr einiges erreicht und mit der Bundeslinken erfolgreich in das Programm eingebracht werden. Jetzt geht es um einige verbleibende Punkte bezüglich des konkreten Regierungsprogrammmentwurfs.

Die BL konzentriert sich beim Regierungsprogramm und der späteren Beratung Richtung Bundesparteitag auf folgende sechs Aspekte:

- a. **Bahnprivatisierung:** Herausnahme des Bezugs auf die „nächste Legislaturperiode“; die Absage an eine Privatisierung soll generell erfolgen.
=> Annahme Antrag Nr. 117/I/09
- b. **Schuldenbremse:** Streichung der positiven Würdigung der entsprechende Grundgesetzänderung im Regierungsprogramm
=> Annahme Antrag Nr. 119/I/09
- c. **Kooperationsverbot:** Aufhebung des in der Föderalismusreform I festgeschriebenen Kooperationsverbots von Bund und Ländern im Bereich Hochschule
=> Annahme Änderungsantrag MdB Swen Schulz/ Raed Saleh u.a.:
Im Entwurf des Regierungsprogramms wird auf Seite 22 an den 6. Absatz angefügt: *"Darum wollen wir im Artikel 104b Grundgesetz die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen ermöglichen und das bestehende 'Kooperationsverbot' aufheben."*
- d. **Public-Private-Partnership/ ÖPP:** Einfügung einer kritischen Position zu PPP/ ÖPP (Antrag Steglitz-Zehlendorf)
=> Annahme Antrag Nr. 120/I/09

- e. **Koalitionsaussage:** Streichung des Ausschlusses von Koalitionsoptionen auf Bundesebene (Antrag Charlottenburg-Wilmersdorf)
=> Annahme Initiativantrag Charlottenburg-Wilmersdorf
- f. **Vermögenssteuer:** Einfügung eines klaren Bekenntnisses zur Vermögenssteuer (Antrag Tempelhof-Schöneberg)
=> Annahme Initiativantrag Tempelhof-Schöneberg

II. Bildungspolitischer Antrag (Nr. 10/I/09) und Kita-Antrag (Nr. 30/I/09)

Die BL war über die Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse sowie PL-VertreterInnen maßgeblich an der Formulierung dieser beiden wichtigen Anträge beteiligt und trägt sie mit. In der Antragskommission haben wir sie in einen breiten Konsens bekommen, allerdings ist mit vereinzelt Widerständen vom Aufbruch aus Mitte, Treptow-Köpenick und Neukölln zu rechnen.

Beim Antrag 10/I/09 (FAIV und FA V) wird bildungspolitisch der sanktionierende Fokus des ursprünglichen Neuköllner Antrags zugunsten einer präventiven Ansatzes im Sinne „Integration durch Bildung“ ersetzt.

Beim Kita-Antrag 30/I/09 (FA IV) wird insb. Ein bedarfsgerechter Personalschlüssel eingefordert; hier setzen wir bewußt in Richtung Schulverwaltung (aktueller Referentenentwurf Kita-Förderungsgesetz und Debatte um „Bildungszuschlag“) eine klare Botschaft.

Beide Anträge unterlegen unseren Ansatz, den wir zuletzt auf dem BL-Plenum am 1. April 2009 bekräftigt haben, dass Bildung (inkl. frühkindliche) der zentrale Schwerpunkt der zweiten Hälfte der rot-roten Legislaturperiode – auch im Hinblick auf die Haushaltsberatungen – ist.

III. Exponierte Einzelanträge LPT

(Zu diesen Anträgen ist eine Aussprache sicher)

- **Reform Liegenschaftsfonds** (Nr. 6/I/09): BL unterstützt modifizierte Fassung der Antragskommission, die den Übergang der Zuständigkeit von SenFin zu SenStadt vorsieht
- **Lernmittelfreiheit für alle** (Nr. 33/I/09): wird von der BL überwiegend unterstützt
- **Gemeinschaftsschule** (Nr. 35/I/09): die BL unterstützt das klare Bekenntnis zu einer Ausweitung der Gemeinschaftsschule (i.d.F.d.AK).
- **Gleichstellung in der Privatwirtschaft** (Nr. 50/I/09): die BL unterstützt die Forderungen – auch nach einer Gleichstellungsagentur – in der Fassung der Antragskommission.
- **Ablehnung Schuldenbremse** (Nr. 61/I/09): Basis BL-Formulierungen; wird von BL unterstützt (auch im Hinblick auf Regierungsprogramm; dort Annahme Nr. 119/I/09).
- **Verbot von „Burkinis“ in Freibädern** (Nr. 67/I/09): keine Festlegung der BL, in der Tendenz Zustimmung zum Antrag.
- **Keine Verlängerung der A100** (Nr. 90/I/09): Unterstützung BL für die ablehnende Haltung des 16. und 17. Baubchnitts. Damit Abkehr von Position im Koalitionsvertrag und Korrektur der bisherigen Planungen.
- **Ablehnung Bahn-Privatisierung** (Nr. 117/I/09): Unterstützung der klaren und dauerhaften Absage an eine Privatisierung. Bezug Regierungsprogramm.

IV. Exponierte Initiativanträge

Die BL wird vorrangig einen Initiativantrag zum Thema Landesgleichstellungsgesetz/ geschlechterparitätische Organ-Besetzung einbringen. Dies vor dem Hintergrund aktuell anstehender Besetzungen und in der Vergangenheit begangener Fehler (BVG).

Der Antragstext der BL-SprecherInnen (und weiterer Ko-Kreismitglieder) lautet:

Geschlechterparitätische Besetzung von Leitungsfunktionen und Organen landeseigener Unternehmen

1. Die sozialdemokratischen und die von der SPD benannten Mitglieder des Senats von Berlin werden aufgefordert, bei der Besetzung von Leitungsfunktionen und Organen (Vorstände, Beiräte, Aufsichtsgremien, etc.) landeseigener Unternehmen und von Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Landes Berlin die rechtlichen Vorgaben für die Gleichstellung von Männern und Frauen uneingeschränkt umzusetzen. Oberstes Ziel ist die Beseitigung der Unterrepräsentanz von Frauen. In Unternehmen, in denen das Land Berlin eine Minderheitsbeteiligung inne hat, wird sich das Land Berlin mit Nachdruck für eine geschlechterparitätische Besetzung stark machen.

2. Die zuletzt erfolgte Besetzung des BVG-Finanzvorstands stellt einen gravierenden Regelverstoß dar. Die sozialdemokratischen und die von der SPD benannten Mitglieder des Senats von Berlin werden aufgefordert, umgehend rechtlich zu prüfen, wie die schweren Verfahrensfehler geheilt werden können (Rückabwicklung, Vertragsauflösung).

3. Die geschlechterparitätische Besetzung von Vorständen, Aufsichtsräten, Beiräten und anderen Aufsichtsgremien muss ohne Ausnahme betrieben werden. Hinsichtlich der künftigen Besetzungspolitik sind insbesondere folgende Aspekte zu beachten:

a) Öffentliche Ausschreibungen: Neu zu besetzende Positionen in Vorständen und Geschäftsführungen der landeseigenen Unternehmen und der Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Landes Berlin sind öffentlich auszuschreiben, ggf. unter Einbeziehung von Personalberatungsunternehmen. In den Ausschreibungen ist auf die Zielsetzung der geschlechterparitätischen Besetzung von Leitungsgremien hinzuweisen. Die Bewerbung von Frauen ist aktiv zu fördern; bei dem Bewerbungsverfahren werden Frauen gezielt angesprochen.

b) Verpflichtung Organmitglieder: Die Mitglieder der beteiligten Organe der Unternehmen werden auf die rechtlichen Vorgaben für die Gleichstellung von Frauen und Männern durch Weisung des Eigentümers hingewiesen und auf deren Einhaltung und die Teilnahme an entsprechenden Schulungen verpflichtet.

c) Übertragung Gleichstellungsparagraph: Alle Satzungen von Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung sowie einschlägigen Einzelgesetze (Investitionsbankgesetz, Bäderanstaltsgesetz etc.) des Landes Berlin werden durch einen Gleichstellungsparagraphen entsprechend dem §28 Betriebsgesetz ergänzt, der die Beachtung der Grundsätze des Landesgleichstellungsgesetzes insbesondere bei der Besetzung der Organe festschreibt.

d) Änderung LGG: Das Landesgleichstellungsgesetz ist dahingehend zu ändern, dass das Gebot der öffentlichen Ausschreibung im Falle einer Unterrepräsentation von Frauen insbesondere für die Besetzung von Positionen im Leitungsbereich, bei Organen und Vorgesetzten- und Leitungspositionen Anwendung finden.

V. Landesliste Bundestag

Auf der LandesvertreterInnenversammlung erfolgt die Landesliste zum Bundestag in Einzelabstimmung. Die BL unterstützt folgende Liste (bis Platz 10):

- Platz 1: **Wolfgang Thierse** (Nordost)
- Platz 2: **Petra Merkel** (Charlottenburg-Wilmersdorf)
- Platz 3: **Swen Schulz** (Spandau)
- Platz 4: **Mechthild Rawert** (Tempelhof-Schöneberg)
- Platz 5: offen: **Klaus Uwe Benneter** (Steglitz-Zehlendorf) /
Björn Böhning (Friedrichshain-Kreuzberg) (*)
- Platz 6: **Jörg Stroedter** (Reinickendorf)
- Platz 7: **Eva Hoegl** (Mitte)
- Platz 8: **Fritz Felgentreu** (Neukölln)
- Platz 9: **Ulker Radziwill** (Charlottenburg-Wilmersdorf)
- Platz 10: **Rudi Kujath** (Hellersdorf-Marzahn)

(*) Auf Platz 5 erfolgt keine Festlegung der BL, da beide konkurrierenden Kandidaten der Linken und linken Kreisen zuzurechnen sind. Die Kreise führen hierzu die notwendigen Gespräche.

Die Festlegung auf Vertreter der sog. „Berliner Mitte“ auf Platz 6 erfolgte im Hinblick auf die Tatsache, dass die Linke nicht bis Platz 6 „durchwählen“ will: es war bereits Ende 2008 vereinbart worden (und auch im GLV Konsens), das wir den anderen Flügel spätestens auf Platz 6 berücksichtigen. Mit Fritz Felgentreu ist ein zweiter Vertreter des rechten Flügels (Berliner Aufbruch) auf der Liste zu finden.

Die Liste impliziert eine Festlegung auf eine 40%-Mindestquote, gleichzeitig jedoch auch eine Ablehnung eines harten „Reißverschlusses“ (voraussichtlich Initiativantrag zur Geschäftsordnung). Der geschlechtsneutrale Platz ist der 5. Platz, auf dem KandidatInnen beider Geschlechter antreten können und somit eine 60%-Berücksichtigung ihres Geschlechts im ersten „Fünferblock“ sicherstellen können (anders als der Reißverschluss). Auf Platz 6 unterstützt die BL explizit nicht die Kandidatur einer linken Frau, damit auch das Prinzip der Gruppenbeteiligung halbwegs Berücksichtigung finden kann.

Mark Rackles
Für den SprecherInnenrat